

der Kriegswort der Presse.

Redaktion, Administration u. Druckerei: Kolowratring, Fichtengasse Nr. 11. Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen und Manuskripte in keinem Falle zurückgesendet.

Ankündigungs-Bureau: Stadt, Wolkelsch. Insertionspreis nach Tarif, Inserate übernehmen: Witzek, Ann.-Exp. in Prag und Brünn; Jos. A. Kienreich, Inseraten-Exp. in Graz; J. Bloekner, Annoncen-Expedition in Budapest und Agram; im Auslande: Société Européenne de Publicité, 10, rue de la Victoire in Paris; Rudolf Mosse in Berlin, München, Leipzig; Haasenstein & Vogler in Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M. u. Basel; Heinrich Eisler, Ann.-Exp. in Hamburg; Grell, Füssli & Co. in Zürich u. Basel; Vertreter für Deutschland, Frankreich, England, Italien, etc.: Saarbachs News Exchange, Mainz und Köln a. Rh.

# Neue Freie Presse.

Morgenblatt.

Wien, Sonntag, den 24. Januar

1915.

Abonnement für das Inland: Mit tagl. einmal. Postversendung: Ganzj. K. 54, halbj. K. 28, viertelj. K. 14. Mit tagl. zweimal. Postversend.: Ganzj. K. 64, halbj. K. 32, viertelj. K. 16.

Abonnement für das Ausland: Vierteljährig:

Bei uns (Kreuzband Versendung): Deutschland, Serbien K. 22, 5 Staaten des Weltpostvereines K. 24.

Bei den Postämtern in Deutschland M. 11.15, Schweiz Fr. 13.65, Belgien Fr. 12.50, Italien L. 14.47, Rumänien Fr. 13.50, Serbien Fr. 12.50, Bulgarien Fr. 13.50, Russland R. 2.50, Griechenland (G. d. Buchhandl. Eleftheroudakis & Barth, Athen od. K. Zeitgs.-Exp. in Triest) K. 15.02, Europ. Türkei (Oest. Postämter) K. 12.40, Asiat. Türkei K. 17.45, Ägypten K. 16.54, Dänemark Kr. 11.25, Schweden Kr. 11.50, Norwegen Kr. 10.50, Finnland M. 15.10, Holland F. 9.-, Bei den Agenturen in Italien: Loescher & Co., Rom Fr. 25.00, Frankreich: Hachette & Cie., 111, Rue Réaumur, Fr. 25.00; England: Saarbach, London, 21, Bride Lane, Fleet Street, E. C. Siegle & Co., London E. C. 129, Leadenhall Street P.O. St. 1 sh. 1; Nordamerika: E. Steiger, 25 Park Place, G. E. Stecher, 151-155 West 25th St., L. A. Rosswag, 57, Second Avenue in New York, Doll. 6.50. Vertreter für das ges. Ausland: Saarbachs News Exch., Ges. m. b. H., Mainz.

Für die an Agenten, Austräger oder Versender bezahlten Beiträge leisten wir keine Garantie.

## Die Kriegsnot der Presse.

Von Dr. Franz Klein.

Geheimer Rat und Mitglied des Herrenhauses.

Wien, 23. Januar.

Während eines Krieges wird die Presse fast überall in ihren Mitteilungen und Beurteilungen eingeschränkt. Es muß möglich sein, darüber ist jedes Wort überflüssig, alle militärischen oder militärisch irgendwie erheblichen Dinge geheim zu halten, und ebensowenig können beunruhigende, aufreizende oder Zwietracht säende Erörterungen oder Kritiken geduldet werden, die den Staat im Innern oder nach außen schwächen. In dieser Hinsicht hat man sich hierzulande den Anforderungen des Krieges und der Politik willig und unbedingt untergeordnet, weit mehr als zum Beispiel in England und Frankreich, wo die Presse auch im Kriege insbesondere das Recht der militärischen Kritik besitzt oder nachdrücklich in Anspruch nimmt. Wenn in den letzten Wochen die Klagen über die Handhabung der Presspolizei zugenommen haben, ist das deshalb um so auffallender, als sich sogar Stellen daran beteiligten, die, wie das Präsidium des Abgeordnetenhauses, die k.k. Handelskammer oder der Niederösterreichische Gewerbeverein, geradezu Verkörperungen staatsgetreuer Gesinnung und loyaler Bürgerpflicht sind und die nicht nur für die Gebote des Kriegszustandes das vollste Verständnis, sondern zweifellos zugleich den ehrlichen Willen haben, ihnen in jeder Weise bis auf das Letzte zu entsprechen. Sie und die vielen Tausende, die ihnen zustimmen, wollen in der Tat weder militärischen Indiskretionen noch dem Vergiften der inneren politischen Verhältnisse Vorschub leisten. Ihre Beschwerden sind einzig gegen die Art gerichtet, wie an dem politischen Inhalte der Zeitungen einschließlic seiner wirtschaftspolitischen Teile Zensur geübt wird.

Durch den Krieg werden eine Menge Interessen, die wir sonst bevorzugen, einstweilen mäßigert und von anderen verdrängt, denen im Frieden weniger Aufmerksamkeit geschenkt wird. Es ist selbstverständlich, daß zu dem, was auf diese Weise in den Vordergrund gelangt, das Interesse an der Politik gehört. Sich gerade damit während eines Krieges nicht zu befassen, ist ein unerfüllbares Verlangen, denn der Krieg macht die Politik zu einer Schicksalsfrage für jeden Einzelnen. Wirtschaftlich, ethisch, gefühlsmäßig greift er in unser Dasein ein. Die herrliche und für das Staatswesen höchstpreuliche Solidarität der Gesellschaft, die der Krieg hergesteilt hat, ist hauptsächlich das Ergebnis der politischen Infiltration, der mit wenigen Ausnahmen jedermann unterliegt. In Schichten, wo sich früher das Gespräch um die harmlosesten Nichtigkeiten drehte, wird jetzt über Vorfälle der äußeren Politik, über die Regierung, die öffentliche Verwaltung und über andere Fragen der Gesamtheit geredet, und es ist wahrhaftig keine Ursache, darüber ungehalten zu sein. Es mag von viel Ungereimtem umrannt sein, wenn je-

doch durch das nun vom Kriege angefachte allgemeine Interesse an der Politik die Erkenntnis der Bedeutung des Staates, das Staatsbewußtsein, eine Vorstellung von den Zusammenhängen der Gesellschaft oder von den Gütern, die allen gleich wertvoll sind, und ähnliches in die Köpfe dringt und die Entfernungen aufhebt oder mindert, die leider von der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kaum zu trennen sind, so ist das für das Staatswesen von großem Vorteile. Jedenfalls ungleich nützlicher als die glänzendsten politischen Debatten oder virtuös ausgefeilte Regierungserklärungen, die diese Schichten niemals erreichen. Gottlob, daß der Krieg aus den denkfaulen Gewohnheiten aufrüttelt! Er erinnert die Menschen an die Grundlagen ihrer staats- gesellschaftlichen Existenz, belehrt sie, daß diese Grundlagen nichts Ewiges und Natürliches sind, sondern ebenfalls fortwährender Menschenarbeit bedürfen, und zeigt ihnen, daß sie um ihrer selbst willen dem Staate und der Gemeinschaft viel mehr geben und sein müssen, als sie nach den Eindrücken der Friedensjahre ahnten. Das sind durchwegs politische Bestimmungen.

Dazu kommt das im Kriege gelegene und durch ihn sich allen mittelnde Zukunftsproblem, das in dieser Einbettung für den Staat wie für die Einzelnen eine rein politische Sache ist. Diese Gedankenreihen werden auf verschiedenen Stufen der Gesellschaft verschieden behandelt, immer aber nur mittels staats-, wirtschafts- oder sozialpolitischen Gedankenaustausches.

Das politische Denken seiner Bürger ist das Fundament des Volksstaates. Um staatslich verwendbar zu werden, muß es aber einen Klärungsprozeß durchlaufen, der zum Teile verfassungsrechtlich geregelt ist. Seine Hauptstadien sind aufsteigend der Privatverkehr, die freien Vereine und Verbände, die offiziellen Interessenvertretungen, die verschiedenen Vertretungskörper, von der Gemeinde bis zum Reichsrate, und, alles umfassend und für alle offen, die eben deswegen unter gesetzlichen Garantien stehende Presse. Im Verfassungsstaate ist das Parlament die Konzentration und letzte Instanz des gesellschaftlichen Denkens über öffentliche Angelegenheiten, und kraft seiner Immunität vermag es tatsächlich, in Verbindung mit Interessen- und politischen Organisationen und mit der Presse, eine gewisse Bürgschaft zu bieten, daß kein für Staat oder Gesellschaft wirklich verwertbarer Gedanke verloren geht. Mit dem Stilllegen des Parlamentes ist der in Kriegszeiten und vor großen Veränderungen doppelt wichtige Klärungsprozeß eines wesentlichen Stückes seines Mechanismus beraubt. Um die politischen Sorgen, Hoffnungen und Wünsche der Bevölkerung zur Kenntnis aller zu bringen — und das ist sowohl für die Information der Regierung wie deshalb notwendig, um zu überwiegenen, vorherrschenden Meinungen zu kommen — ist dann nur noch die Presse übrig. Wird auch ihr dieser Vermittlungsdienst, der Dienst als politischer Nachrichten- und Sprechsaal beengt, so bleibt die Welt gärende und unentwickelter Gedanken in den Hunderten von Kreisen eingeschlossen, ohne jede Gelegenheit, durch dialektische Be-